

Mit mehr Gleichheit und Freiheit zur Postwachstumsgesellschaft ¹

Weiteres Wirtschaftswachstum wird sich in den gesättigten nördlichen Industriegesellschaften nur noch realisieren lassen, wenn die Gesellschaft ungleicher wird. Je weiter die Einkommensschere auseinandergeht, desto eher werden Menschen bereit sein, auch sozial und ökologisch problematische ökonomische Aktivitäten aufzunehmen – um als Niedriglöhner seine Miete bezahlen zu können oder als Angehöriger der Mittelschicht den Abstand nach unten zu wahren. Ebenso braucht weiteres Wirtschaftswachstum eine herrschaftsförmige Gesellschaft. Sie ist der „Garant“ für ein Wachstum des Status- und Erlebniskonsums. Wer bei der Arbeit, in der Nachbarschaft oder sonstwo in der Gesellschaft sich unterdrückt und entwertet fühlt, der fragt vermehrt statusanzeigende Produkte und Dienstleistungen nach, um zumindest öffentlich und für sich selbst ein anderes Bild abzugeben. Dies ist nicht nur „linke“ sozialpsychologische Theorie. Empirische Belege für diese Zusammenhänge finden sich etwa bei Wilkinson/Pickett ².

Damit ist umgekehrt aber auch die sozialstrukturelle Bedingung für eine Postwachstumsgesellschaft angezeigt: Sie muss freier und gleicher sein. Ein Beispiel für eine basale Reform, die die Gesellschaft in diese Richtung verschieben würde, ist das Ökologische Grundeinkommen (ÖGE). Ein ökologisches Grundeinkommen finanziert sich durch Abgaben auf unerwünschten Umweltverbrauch. Das Aufkommen dieser Nutzungsentgelte (etwa einer Öko-Steuer oder Zertifikateverkauf für Rohstoffe, CO₂-Emissionen, Flächenverbrauch etc.) wird gleichmäßig auf die Bevölkerung zurückverteilt. Jedem Bürger, vom Säugling bis zum Greis, von Reich bis Arm, wird damit ein „Öko-Bonus“ bzw. ein „ökologisches Grundeinkommen“ ausgezahlt. Das bedeutet zunächst Umverteilung, da Menschen mit geringerem Einkommen unterdurchschnittlich konsumieren. Es bedeutet aber keine Umverteilung mit gleichzeitigem Anstieg von Massenkonsum.

Ein ökologisches Grundeinkommen stützt nicht-produktivistisch-konsumistisch orientierte Lebensstile – die sozio-kulturelle Basis für eine Postwachstumsgesellschaft schlechthin – in zweifacher Hinsicht: Zum Einen werden bei stark wachsenden Öko-Abgaben neben den technischen Alternativen („anders konsumieren“) auch die Null-Varianten, das schlichte Sein-Lassen einer ressourcenaufwändigen Konsumtion (weniger konsumieren) wahrscheinlicher. Das ist die Wachstumsbremse durch die Finanzierungsseite. des ÖGE

¹ Ausführlicher ausgeführt werden diese Überlegungen in:
„Ökologisches Grundeinkommen: Ein Einstieg ist möglich.“ Beitrag zum BIEN-Kongress München 2012

<http://www.bien2012.org/de/tag-3-sonntag-16-september>

„Ökologisches Grundeinkommen – eine emanzipative Variante des Green New Deal?“ Beitrag zum Momentum-Kongress Hallstadt 2011

<http://momentum-kongress.org/schachtschneider-ulrich-okologisches-grundeinkommen-%e2%80%93-eine-emanzipative-variante-des-green-new-deal-2#more-1027>

„Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit: Ein ökologisches Grundeinkommen als anschlussfähiges sozial-ökologisches Reformprojekt.“ Beitrag zum Diskursprojekt Linksreformismus Berlin 2011

http://www.linksreformismus.de/?page_id=17#T1

² Wilkinson/Pickett 2010: Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Frankfurt/M.

Zum Anderen kann die Basis-Sicherheit eines Grundeinkommens einen ökologisch-kulturellen Wandel auch für breitere Schichten attraktiv machen. In der ökologischen Debatte wird seit langem ein ressourcenleichter Lebensstil propagiert. Offensichtlich kommt dieser seit 20 Jahren von vielen zivilgesellschaftlichen und inzwischen auch staatlichen Institutionen mit viel medialem Aufwand betriebene Appell aber jenseits kleiner avantgardistischer Gruppen nicht an. Das ÖGE erleichtert es allen, aus der Tretmühle „viel Erwerbsarbeit - viel Konsum - viel Erwerbsarbeit“ zunächst einmal auf Probe auszusteigen. Wenn das Lebensnotwendige gesichert ist, verlieren stressige Jobs ihre existenzielle Bedeutung. Neue Lebensstile des „Weniger“, des „Zeitwohlstands“, der stärkeren Orientierung auf nicht-monetäre Eigen- und Gemeinschaftsarbeit hätten eine Chance, auch jenseits von Randgruppen ausprobiert und geschätzt zu werden.

Ein ÖGE als selbstverständliche Leistung an alle Mitglieder der Gesellschaft gibt den Menschen Anerkennung auch in ihrer Muße oder nicht-monetärem Tun, sie empfinden sich nicht mehr als lästige Bittsteller mit persönlichem Defizit. Auch ihre Erwerbsarbeit wird mit der Basissicherheit ÖGE zu einer authentischeren Wahl. Es entsteht der freiheitlichere Lebensalltag, auf deren Basis erst sich eine „Eleganz der Einfachheit“ entwickeln kann. All dies macht die Wachstumsbremse durch die Ausschüttungsseite des ÖGE aus.

Ein ÖGE wäre ein Schritt zur Postwachstumsgesellschaft im Sinne einer Vervollkommnung der Moderne. „Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit“ – so etwa ließe sich dieses wachstumshemmende sozial-ökologische Reformprojekt plakativ auf den Punkt bringen, welches drei fundamentale Ansprüche der Moderne vereint, die bis jetzt im politischen Diskurs isoliert, eher im Gegensatz als miteinander gedacht wurden: Der Liberalismus als Anspruch auf individuelle Selbstverwirklichung, der Sozialismus als Anspruch auf soziale Gleichheit sowie die Konsumkritik als Anspruch auf ökologische Genügsamkeit.